



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/1440

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Christopher Vogt
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de
per E-Mail

BUND für Umwelt-
und Naturschutz Deutschland
LV Schleswig-Holstein e. V.

Lerchenstraße 22, 24103 Kiel
Landesgeschäftsstelle

Fon 0431-66060-0
Fax 0431-66060-33

bund-sh@bund-sh.de
www.bund-sh.de

Dr. Ina Walenda
Fon 0431-66060-50
Fax 0431-66060-33
ina.walenda@bund-sh.de

Kiel, den 9. Juli 2013

Lkw-Fahrverbot nur an bundeseinheitlichen Feiertagen
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/601

Sehr geehrte Damen und Herren,

den Antrag der FDP-Fraktion für ein Lkw-Fahrverbot nur an bundeseinheitlichen Feiertagen lehnt der BUND entschieden ab. Er bedient ohne Not Partialinteressen der Wirtschaft. Den Schleswig-Holsteinern brächte der Antrag hingegen nur Lärm und Dreck, mehr Schlaglöcher, höhere Kosten und schädete der Umwelt und Gesundheit der Menschen erheblich.

Eine ausführlichere Stellungnahme des BUND-Landesverbandes liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ina Walenda
Landesgeschäftsführerin

Stellungnahme des BUND Schleswig-Holstein zum Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/601 Lkw-Fahrverbot nur an bundeseinheitlichen Feiertagen

Ein Lkw-Fahrverbot nur an bundeseinheitlichen Feiertagen – wie von der FDP gefordert - bedient ohne Not einseitig das Transportgewerbe bzw. die Interessen der Transportverbände. Den Schleswig-Holsteinern brächte der FDP-Vorschlag zusätzlichen Lärm und Dreck an Wochenenden und schadete der Umwelt und der Gesundheit der Menschen erheblich. Der BUND lehnt diese Forderung vehement ab. Sie ignoriert die vielfältigen Interessen und Ziele der Gesamtgesellschaft wie das Bedürfnis nach Ruhe und Erholung. Überlebenswichtige Umweltaspekte wie der Klimaschutz werden gänzlich ausgeblendet. Letztlich erweist sich die FDP als schlechte Beraterin für das Verkehrsgewerbe selbst. Der Frust der Allgemeinheit über die Auswirkungen der Fahrerlaubnis an Wochenenden würde die Branche noch weiter in Verruf bringen.

Das bestehende Wochenend-Fahrverbot aufzuweichen, gäbe dem Transportgewerbe das verkehrspolitische fatale Signal, den Lkw- Verkehr noch weiter auszudehnen. Massive Auswirkungen hätte dies auch für die Verkehrsfrequenzen auf Bundesstraßen. Die Folge wäre eine höhere Beanspruchung sämtlicher Straßen, deren weiterer Ausbau, weitere Flächenzerschneidungen und Flächenversiegelungen, auch durch den zusätzlichen Bau von mehr Stellplätzen und Autohöfen. Der ohnehin bereits immensen Verlagerung von Transporten auf die Straße würde weiterhin der Weg geebnet. Die daraus resultierenden höheren Kosten hätte überwiegend die Bevölkerung zu tragen.

Aufgabe einer verantwortungsvollen, vorausschauenden Politik sollten nicht die Einfallslosigkeiten und Fehlsteuerungen vergangener Jahre sein. Vielmehr sind jetzt intelligente Lösungen gefragt, so die Entwicklung und Umsetzung umweltfreundlicher Logistik- und Transportprozesse, z. B. eine Verlagerung von Güterströmen auf alternative Verkehrsträger wie Bahn oder Schiff. *„Das diese Verlagerung auch unter Transportkostengesichtspunkten nicht unbedingt zu Nachteilen führen muss, beweisen beispielsweise diverse wettbewerbsfähige Konzepte im kombinierten Verkehr zu Ostseeanrainerländern“* – so schreibt es die Zeitschrift „Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee“ der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein in ihrer jüngsten Ausgabe vom Juli/ August 2013. Weiterhin heißt es dort, immer mehr Kunden würden zudem nach dem ökologischen Fußabdruck ihrer Transporte fragen. Dies sollte auch die FDP tun und ihren Antrag zurückziehen.

Zeitgemäße Politik sollte sich Mühe geben, Rahmenbedingungen zu generieren, die keinerlei Zweifel aufkommen lassen an der Ernsthaftigkeit, Umweltschutz für die Transport- und Logistikbranche als eine wesentliche Aufgabe zu definieren. Der Antrag der FDP hingegen klammert sich an eine altbackene Wachstumsideologie. Er ist phantasielos, ohne dringend die erforderlichen, zeitgemäßen Visionen für ein ökologischeres Transportwesen auch nur annähernd zu berücksichtigen. Der Antrag ist ein verkehrspolitischer Rückschlag für alle bisherigen Bemühungen, Transportprozesse umweltfreundlicher zu gestalten.

Die Grenzen des Wachstums bei den LKW-Transporten sind längst überschritten. Generell sind weitere Transportzuwächse kritisch zu beurteilen, bleibt doch die Bevölkerung konstant bzw. schrumpft und sind deren Bedürfnisse doch ausreichend gesättigt. Es ist daher nicht zu erkennen, womit die Notwendigkeit neuer Verkehre begründet werden könnte. Würden die Kosten für die Transporte die wirklichen Kosten widerspiegeln, würden unsinnige Transporte wie der berüchtigte Transport von Nordseekrabben von der Nordsee nach Tunesien zum Krabbenpuhlen und zurück entfallen und regionale Kreisläufe gestärkt. Damit würde eine höhere Wertschöpfung vor Ort verbleiben und unsere hiesige Wirtschaft stärken. Ähnliche Beispiele gibt es bedauerlicherweise en masse.

Die Umweltfolgekosten werden zur Zeit nicht von den Verursachern getragen werden, sondern von der Allgemeinheit. So ist belegt, dass ein Lkw umgerechnet Schäden von zirka 40.000 Pkw verursacht. Dies spiegelt sich in den Kosten, die der Lkw-Verkehr tragen muss, nicht wieder. Der FDP- Antrag generiert unnötige umweltzerstörerische Verkehre und wird daher vom BUND als Förderprogramm für unnötige LKW-Verkehre zu Lasten der Gesellschaft abgelehnt. Gefördert werden müssen regionale Kreisläufe, um naturzerstörerische und lärmbelästigende Transporte generell zu reduzieren.

Der BUND fordert die FDP auf, sich für eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik einzusetzen und einer weiteren Verlagerung von Transporten auf die Straße entgegenzuwirken. Gefördert werden müssen regionale Kreisläufe, um naturzerstörerische und lärmbelästigende Transporte generell zu reduzieren.

Kiel, den 9. Juli 2013



Dr. Ina Walenda
Landesgeschäftsführerin